

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marlies Kohnle-Gros (CDU)

und

Antwort

des Chefs der Staatskanzlei

Menschenrechte in Ruanda

Die **Kleine Anfrage 1106** vom 22. November 2007 hat folgenden Wortlaut:

Die Staatszeitung Nr. 41 vom 12. November 2007 berichtet unter der Überschrift „Partnerschaft mit Ruanda ein Erfolgsmodell“ über eine Diskussionsrunde der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) und der Staatskanzlei aus Anlass des Jubiläums der 25-jährigen Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, inwieweit Entwicklungen in Ruanda auch als beispielhaft für den gesamten afrikanischen Kontinent gelten können.

Demgegenüber kommentiert die Kirchenzeitung „der pilger“ vom 30. September 2007 unter dem Titel „In Ruanda Pressfreiheit unterdrückt“ wie folgt:

„Großartig, was Menschen aus Rheinland-Pfalz seit einem Vierteljahrhundert für Menschen in Ruanda leisten: Hilfe zur Selbsthilfe, getragen von Schulen, Pfarreien, Freundeskreisen, Vereinen. Basisnah, unbürokratisch, wirkungsvoll. Die Landesregierung unterstützt finanziell, koordiniert und sorgt mit Mitarbeitern vor Ort dafür, dass die Gelder aus Güter kommen sollen: in Schulen, Krankenstationen, Gemeindezentren.

So wichtig und richtig die Partnerschaft mit dem bettelarmen ‚Land der tausend Hügel‘ ist, eines darf über die Freude am Erfolg der Unterstützung nicht vergessen werden: Ruanda wird von einem der autoritärsten Regime in Zentralafrika regiert, das die Menschenrechte rigoros beschneidet, Meinungs- und Pressefreiheit nicht zulässt. Wer das Handeln der Regierenden in Frage stellt, gar Kritik an Präsident Paul Kagame oder dessen Patriotischer Front übt, muss Repressionen fürchten.

Unabhängige Journalisten ziehen sich regelmäßig den Zorn der Mächtigen zu, werden verleumdet, misshandelt, vor Gericht gezerrt, ins Gefängnis geworfen. [...]

Reporter ohne Grenzen zählt Präsident Paul Kagame denn auch zu den 34 größten Feinden der Pressefreiheit in der Welt, Ruanda rangiert auf Platz 128 von 168 der Rangliste. Amnesty International beklagt Menschenrechtsverletzungen, hat Ministerpräsident Kurt Beck aufgefordert, offen über die Zustände im Partnerland zu reden. Antwort: Dies finde abseits der Öffentlichkeit statt, die Zurückhaltung habe sich bewährt. Das reicht nicht mehr!“

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Form und aus welchem Anlass gab es Kontakt von Amnesty International mit Ministerpräsident Beck?
2. Welche konkreten Forderungen hat die Organisation gestellt? Wie wurden sie beschieden?
3. Wie wird die Landesregierung zukünftig mit Menschenrechtsverletzungen in Ruanda umgehen?

Der **Chef der Staatskanzlei** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 21. Dezember 2007 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Im Zusammenhang mit dem im Vorspann der Kleinen Anfrage geschilderten Sachverhalt sandte Herr Josef Zimmermann, Amnesty International (ai), Sektion der Bundesrepublik Deutschland, Sektionskoordinationsgruppe „Verfolgte AutorInnen und JournalistInnen Für Meinungsfreiheit“, am 7. September 2007 eine E-Mail-Nachricht mit einem daran beigefügten Schreiben an Herrn

b. w.

Ministerpräsidenten Kurt Beck. Das Schreiben enthielt keinen offiziellen ai-Briefkopf und keine Unterschriften. Sowohl in der E-Mail-Nachricht als auch im Schreiben wird auf das Jubiläum „25 Jahre Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda“ Bezug genommen.

Zu 2.:

Amnesty International hat neben der ausdrücklichen Würdigung der rheinland-pfälzischen Form der Entwicklungszusammenarbeit in dem genannten Schreiben einen gesonderten Blick auf die Lage der Menschenrechte in Ruanda gerichtet. Darin werden die Einschränkung der Pressefreiheit sowie Schikanen und Gewaltakte gegenüber regierungskritischen Journalisten vorgeworfen. Die Gacaca-Gerichte entsprechen laut Amnesty International nicht den internationalen Mindeststandards für faire Gerichtsverfahren. Es komme zu Einschüchterungen und Gewaltakten gegenüber Zeugen. Angeklagte erhielten keine Prozessvorbereitung und keinen juristischen Beistand. Die Haftbedingungen seien grausam, unmenschlich und erniedrigend; es herrschten katastrophale hygienische Zustände.

Amnesty International fordert, dass die Landesregierung in Gesprächen mit Vertretern der ruandischen Regierung auf die Beachtung der Menschenrechte hinwirke. Ferner solle die Landesregierung Menschenrechtsaktivisten und -gruppen vor Ort stärken und bei ihren Aktivitäten unterstützen.

Die Antwort erfolgte gleichfalls per E-Mail durch das Ruandareferat im Ministerium des Innern und für Sport und lautete im Kern, dass sich die partnerschaftliche Zusammenarbeit überwiegend zwischen den nichtstaatlichen Partnerschaftsträgern in Rheinland-Pfalz und ihren Partnern in Ruanda abspiele. Die zurückhaltende Rolle der staatlichen Seite sei bewusst gewählt und habe sich auch bewährt. Die Lage der Menschenrechte werde jedoch regelmäßig von rheinland-pfälzischen Regierungsvertretern in Gesprächen mit der ruandischen Seite thematisiert.

Zu 3.:

Wir verweisen auf die Beantwortung der Mündlichen Anfrage in Drucksache 13/2152 sowie die Beantwortung des Berichtsantrags der CDU, Vorlage 13/2544. Die darin zum Ausdruck gebrachte Haltung der Landesregierung hat sich nicht verändert. Wie in der Vergangenheit wird auch in Zukunft in den Gesprächen zwischen Vertretern der Landesregierung und der ruandischen Regierung bzw. Botschaft auf die Beachtung der Menschenrechte gedrungen werden. Deshalb unterstützt die Landesregierung nachdrücklich beispielsweise die im Rahmen des Good-Governance-Programms der Bundesregierung vereinbarten bilateralen Kooperationsprojekte der Dezentralisierung in Ruanda (vgl. BMZ Materialien 161, Januar 2007). So hatte die rheinland-pfälzische Landesregierung z. B. die Durchführung der Kommunalwahlen vom März 2001 und des Verfassungsreferendums von 2003 durch eine Experten-Gruppe sowie materiell und organisatorisch unterstützt, um deren ordnungsgemäßen Verlauf und die demokratische Entwicklung des Landes zu befördern.

Martin Stadelmaier
Staatssekretär